



DIE ZEIT



Nr. 32 30. Juli 1976

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

31. Jahrgang, Preis 2,20 DM C 7451 C

Die Träumer bitten zur Kasse

Das Finanzdebakel der Rentenversicherung zeigt die Grenzen des Wohlfahrtsstaates / Von Diether Stolze

Walter Arendt, so weiß man nun, wird einen Brief schreiben. Vorfreude wäre fehl am Platz: Der Arbeitsminister wird nicht etwa dem Bundeskanzler seinen Rücktritt anbieten, weil er Parlament und Öffentlichkeit über die finanzielle Lage der Rentenversicherung getäuscht hat. Adressaten des Schreibens werden die Rentner im Lande sein, denen der Minister zum wiederholten Male versichern wird, daß alle Sorgen unbegründet seien und sie pünktlich ihre Rente ausgezahlt bekommen.

Als ob letzteres je von irgend jemand in Zweifel gezogen worden wäre. Wenn in großformatigen „Modell Deutschland“-Anzeigen festgestellt wird, „Sozialdemokraten stehen dafür ein, daß Ihre Rente sicher bleibt“, so ist dies schlicht eine Albernheit, wie sie im Wahlkampf freilich gang und gäbe ist. Wer auch immer in Bonn regiert, es wird natürlich pünktlich gezahlt — dafür sorgt schon die Gesetzesvorschrift, daß notfalls in unbegrenzter Höhe Zuschüsse vom Bund zu leisten sind.

Die Fragen, um die es in Wahrheit geht, lauten ganz schlicht: Wie hoch werden künftig die Renten sein — und wer wird für sie bezahlen? Das gegenwärtige Rentensystem läßt sich nicht länger finanzieren. Schon in diesem Jahr werden die Versicherungsträger voraussichtlich sieben Milliarden Mark weniger einnehmen, als sie ausgehen müssen, 1977 wird das Defizit bereits mehr als zehn Milliarden Mark betragen.

Die Ursachen der Finanzmisere unserer einst so stabilen Alterssicherung lassen sich leicht herausfinden. In den Jahren der Reform euphorie wurden ständig neue Leistungen offeriert, von der flexiblen Altersgrenze bis zur vorzeitigem Rentenerhöhung. Niemand verschwendete einen Gedanken daran, wer dies eigentlich bezahlen sollte. Es schien ja alles so einfach: Man mußte sich nur auf dem Papier recht rechnen, was dank der durch Inflation aufgeblähten Lohnsteigerungsrate leicht möglich war — und dann vor der Tatsache die Augen schließen, daß das Geld in der Kasse knapper wurde. Das ging einige Zeit gut, aber nun ist der Wind der Veränderung umgeschlagen in den Sturm der Krise.

Walter Arendts Rundschreiben an die Rentner wird an die Realitäten nichts ändern — es wird noch nicht einmal dem Minister die verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Mittlerweile ist für alle offenkundig geworden, daß der für die Rentenversicherung verantwortliche Minister sich einfach bis zum Wahltag durchmogeln wollte — und daß diese Taktik gescheitert ist.

Am Monatsbeginn hatte Arendt im Bundestag noch frohgemut verkündet, ein günstigeres Datum für eine Sozialdebatte als der 1. Juli hätte nicht gewählt werden können: „Die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten haben ein solides finanzielles Polster.“ Zu dieser Stunde war dem Minister seit mehr als zwei Monaten bekannt, daß genau das nicht der Fall war — daß schon in einigen Monaten die Renten nur noch mit außerplanmäßigen Zuschüssen des Bundes bezahlt werden können. Sein Pech war, daß die Hochrechnungen der Rentenversicherungen dann auch in der Öffentlichkeit bekannt wurden. So mußte Walter Arendt einen Rückzug auf Raten antreten (Süddeutsche Zeitung: „Die Bundesregierung hat ihre Taktik korrigiert“), bis er, in die Enge getrieben, schließlich böckig erklärte, er halte sowohl niedrigere Renten als auch höhere Beiträge für „sozialpolitisch unerwünscht“. Mit anderen Worten: Die Finanzprobleme werden jetzt zugegeben, aber auf die Frage, wie sie beseitigt werden können, verweigert der Minister die Aussage. Sogar der sozialdemokratische Vorwärts ist mittlerweile zu der Erkenntnis gekommen: „Arendt gibt derzeit Freund wie Feind einige Rätsel auf.“

Teure Dynamik

Der Minister und seine Gesinnungsgenossen haben auf die Unkenntnis in der Bevölkerung spekuliert. Jeder sechste Bürger dieses Landes lebt von der Rente — aber kaum einer weiß, wie das System funktioniert. Dabei ist das Prinzip, läßt man einmal bewußt alle Details außer acht, im Grunde simpel: Die Renten steigen mit einer Verzögerung von dreieinhalb Jahren automatisch im gleichen Tempo wie die Löhne.

Im Jahr 1957, als unter dem Kanzler Adenauer diese dynamische Rente eingeführt wurde, war sie solide finanziert. Und wie das bei einem soliden Haushalt so üblich ist, sammelten sich Überschüsse an. Doch was die Väter der Rentenversicherung als Reserven für schlechte Zeiten gedacht hatten, betrachteten eineinhalb Jahrzehnte später „progressive“ Sozialpolitiker — aller Parteien — als willkommene Manövriermasse für Experimente. Und nun ist verwirrschaftet, was wir dringend brauchen, um die durch die Rezession entstandenen Löcher zu stopfen.

Der schwerste Sündenfall war die abrupte Vorziehung der Rentenerhöhung um sechs Monate, die im Jahr 1972 kurz vor der Bundestagswahl beschlossen wurde. Damals sollten die Rentner

vor Nachteilen der verzögerten Anpassung geschützt werden. Heute aber, wo sie Vorteile genießen (in diesem Jahr steigen die Renten um elf, die Löhne aber nur um etwa sieben Prozent), mag niemand die Gegenrechnung präsentieren, also das Rad wieder zurückdrehen. Dabei würde die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes allein ausreichen, um die Rentenversicherung von allen finanziellen Sorgen zu befreien. Aber wir haben ja wieder ein Wahljahr ...

Es gibt auch andere Vorschläge, wie die Rentenversicherung ohne Beitragserhöhung saniert werden könnte. Denkbar wäre eine Versteuerung der Renten; eine erneute Beteiligung der Rentner an den Kosten der Krankenversicherung; oder auch eine „Aktualisierung der Rentenformel“, was praktisch auf niedrigere Rentenerhöhungen in den kommenden Jahren hinausläufe. Doch bis zur Stunde sind dies Sandkastenspiele. Die Politiker aller Parteien sprechen über Lösungsmöglichkeiten allenfalls im kleinen Kreis hinter vorgehaltener Hand.

Die aktuellen Finanzprobleme der Rentenversicherung sind eben nur ein Symptom für eine tiefergehende Krise des Wohlfahrtsstaates. In der parlamentarischen Demokratie funktioniert die Sozialmaschinerie nur noch in einer Richtung: Sie produziert beständig neue Leistungen, ohne für entsprechenden Nachschub an Energie — sprich Geld — zu sorgen. Was macht denn die Opposition, wenn die Regierung sich mit der Rentenversicherung in eine Sackgasse manövriert? Helmut Kohl bekräftigt die „Sozialgarantie für ältere Mitbürger“. Eine Alternative hat die Union nicht. Die Opposition fühlt sich — wie die SPD — in einer Zwangslage. Wenn eine Partei sagen würde, was sie tun wolle (vorausgesetzt, sie wüßte es), würde die andere lauthals „soziale Demontage“ schreien. So sagt nicht einmal die FDP, die angesichts ihrer anders strukturierten Wählerschaft weniger Angst haben müßte, sich dadurch zu profilieren, daß sie dem Wähler die Wahrheit sagt.

Die zerstoßenen Träume

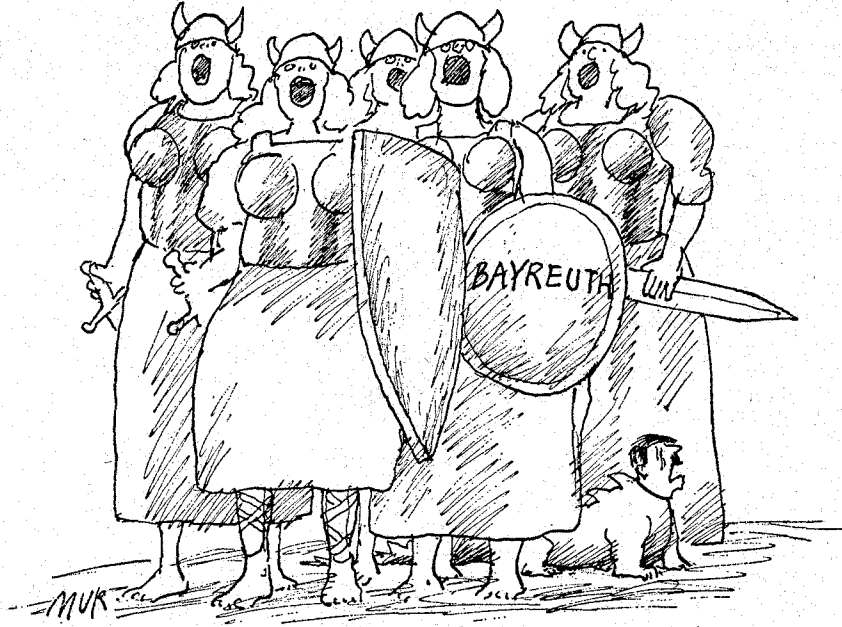
Ob das Kalkül richtig ist, ob der Rentner nicht lieber zehn oder zwanzig Mark für die Krankenversicherung hinblättern, nicht vielleicht lieber nur neun statt elf Prozent mehr bekommen würde, die aber dann sicher — man mag's bezweifeln. Immerhin hat es Franz Josef Strauß nicht geschadet, daß er in der Großen Koalition den Krankenkassenbeitrag der Rentner durchgesetzt hat. Im Gegenteil: Wie umstritten er auch sonst ist, als solider Finanzpolitiker erfreut er sich nach Umfragen bei allen Schichten der Bevölkerung noch immer großen Vertrauens.

Doch es haben sich halt alle daran gewöhnt, daß es bequemer ist, nur zu versprechen und nicht ans Bezahlen zu denken. Wie war das doch so schön: das Bild vom mündigen Bürger, der unter dem ständig blauen Himmel an der Ruhr dahinwandert, vom Leistungsdruck in Schule und Beruf befreit und durch ein immer enger geknüpftes Netz vor Krankheit, Alter und allen Fähigkeiten geschützt. Doch bevor die Bürger das versprochene Wohlstandsparadies von ferne erspähen konnten, sind die Träume zerstoßen. Plötzlich wurde offenbar, daß so schlichte Bauernsprüche wie „Umsonst ist nur der Tod — und der kostet das Leben“ ihre Wahrheit behalten haben.

Wir bekamen eine Bildungsreform — aber auch den Numerus clausus, Leistungsdruck in den Schulen wie nie zuvor und immer mehr arbeitslose Akademiker (während die Gastronomie Zehntausende von Arbeitskräften sucht). Wir bekamen mehr Umweltschutz — aber nun klagen viele über höhere Industriepreise und Verzögerungen beim Kraftwerkbau. Die Löhne stiegen schneller als je zuvor, den Unternehmern wurden höhere Sozialkosten aufgelastet, die soziale Symmetrie also „verbessert“ — aber leider stiegen auch die Verbraucherpreise, führten sinkende Gewinne zu weniger Investitionen und damit zu wachsender Arbeitslosigkeit.

Bei der Rentenversicherung wird nun für alle klar, daß es nur eine Alternative gibt: entweder weniger bekommen oder mehr bezahlen. Wenn es mit der Wirtschaft gut läuft, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, mag das Defizit 1977 ein, zwei Milliarden geringer ausfallen. Doch das ändert wenig: Es fehlen für die kommenden Jahre immer höhere Beträge. Und der Bund, der dieses Jahr mit über 20 Milliarden zuschießt (und somit rund ein Fünftel der Renten aus Steuergeldern finanziert), kann künftig nicht mehr zahlen, sondern wird seine Leistungen sogar kürzen müssen. Bei der voraussichtlichen Wirtschaftsentwicklung wird vom nächsten Jahr an Sparen von der Verfassung vorgeschrieben.

Nun bleibt kein bequemer Ausweg mehr: Nun müssen die Träumer zur Kasse bitten. Und wir alle, die Bürger dieses Landes, werden sämtliche aufgelaufenen Rechnungen bezahlen müssen — auch wenn sie uns erst nach dem 3. Oktober präsentiert werden.



Von den Höhen und Tiefen

Blut an der Grenze

Anschlag auf die Entspannung / Von Theo Sommer

Mustin, Rambach, Schafwedel — drei Zwischenfälle an der deutsch-deutschen Grenze haben diesseits von Metallgitterzaun und Todesautomaten die Wogen der Erregung hochgehen lassen. Zu recht. Die Goldmedaille im Pistolenschnellfeuer scheint der DDR nicht zu reichen. Offenbar ist ihr das Schießen auf dem Schießstand nicht „wirklich“ genug; es muß, zur höheren Ehre des Staates, schon an der Linie sein, die Deutschland teilt, trennt und scheidet.

Ein harmloser Spaziergänger, der mit seiner Frau gestritten hat, sucht sich in einem Ausflug an die Grenze und in Schmähdreden auf deren östliche Bewacher abzureagieren — er wird abgeknallt wie ein Märzhas. Bei Rambach betreten ein Bochumer, sein sechsjähriger Sohn und ein Holländer versehentlich DDR-Gebiet — sie werden mit verbundenen Augen abgeführt wie Schwerverbrecher zur Exekution. Nordöstlich Schafwedel gerät ein junger Mann mit dem Heck seines Autos achtzig Zentimeter über die Demarkationslinie — der Wagen wird per Traktor abgeschleppt.

Solche Brutalität entspricht auf keinen Fall dem Artikel 1 des Grundlagenvertrages: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.“ Normal, gutnachbarlich, kurz: zivilisiert; das ist in der Tat etwas anderes. Und wenn auch die Ostberliner Paragrafenreiter darauf verweisen mögen, Artikel 2 des Grundvertrages sehe die Achtung der territorialen Integrität der Unterzeichner vor — es gehört schon ein gehöriger Schuß Perversität oder Hysterie dazu, die harmlosen Abirrungen einzelner Wanderer als systematische Anschläge auf die DDR-Grenze hinzustellen und routinemäßig „Feuer frei“ zu geben. Nur ein Staat, der sich seiner eigentlichen Substanz total unsicher ist, kann seine Grenze dermaßen zum religiösen Tabu stilisieren und immer wieder rituelle Blutopfer fordern.

Lange Zeit schoß das SED-Regime nur auf die eigenen Leute, die ihm davonzulaufen versuchten. Vom Bau der Mauer 1961 bis zum Inkrafttreten des Grundlagenvertrages kamen an der deutsch-deutschen Grenze 93 Menschen, im Raum Berlin 69 Personen bei Fluchtversuchen ums Leben. Neuerdings läßt das Regime ebenso bedenkenlos auf arglose westdeutsche Bürger schießen; praktisch jeden Tag knallt es entlang der deutschen Teilungslinie. Seit der Grundvertrag gilt, gab es an der Grenze zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR fünf Todesfälle zu beklagen, einen an den Westberliner Grenzen.

Es ist dies ebensowenig normal oder gutnachbarlich wie der Ausbau der Grenze zur 1381 Kilometer langen Todesfalle. Und mag auch den Bundesbürgern noch ein bißchen mehr Respekt vor der Grenze einbleuen werden — wichtiger wäre es, die DDR gewöhnte sich sehr viel mehr Respekt vor Menschen an, die sich verirrt oder verwirrt, und sei es auch mit Schimpfworten, ihrem Hoheitsbereich nähern. Gezielte Schüsse sind nie und nimmer der Ausweis eines weltoffenen Gemeinwesens.

Die Wahrheit ist freilich: Es gibt nur wenig, was wir tun können. Proteste? Natürlich; aber man darf ihren Wert und ihre Wirkung nicht überschätzen. Anrufung des Internationalen Gerichtshofs? Sie setzt das Einverständnis beider Seiten voraus. Anprangrung vor den Vereinten Nationen, Schaffung eines Gerichtshofes für Menschenrechte? Bitte, doch machen wir uns nichts vor über die derzeitige Geisteshaltung der derzeitigen UN-Mitglieder.

Sollten wir vielleicht den zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel sperren, den Swing von 850 Millionen Mark? Den innerdeutschen Handel haben auch die Kanzler der CDU nie in Frage gestellt, nicht einmal nach dem Bau der Mauer und nach dem Einmarsch in Prag — in der fortdauernd gültigen Erkenntnis, daß er beiden Seiten nützt. Heute sichert er zudem Arbeitsplätze. Mit dieser Waffe ist wenig auszurichten. Und viel anderes bleibt uns nicht übrig.

Die Bundesregierung kann die DDR darauf hinweisen, daß es bei der für Juni 1977 nach Belgrad einberufenen Konferenz, die den Vollzug der Schlußakte von Helsinki überprüfen soll, das SED-Regime an den Pranger stellen wird. Sie sollte auch die DDR ein weiteres Mal mahnen, sich im Sinne des Grundlagenvertrages so zu verhalten, daß die Entwicklung nachbarlicher Beziehungen möglich bleibt. Sie muß das Wort Honeckers offensiv umdrehen: „An der Grenzfrage scheiden sich die Geister.“

Wenn letztlich etwas in Ostberlin Besserung schaffen kann, dann nur die Einsicht, daß die gegenwärtige Politik das Gegenteil dessen bewirkt, was Honecker und seine Leute beabsichtigen. Wie die Dinge heute liegen, ist die Frage der deutschen Grenze hierzulande eine historische Frage, keine aktuell-politische. Indessen: Der unmenschliche Charakter der nach langem Zögern hingenommenen Teilungslinie, wenn er sich täglich neu manifestiert, muß die Hinnahtme untergraben. Je brutaler die Grenze, desto stärker der Wunsch, sie in Frage zu stellen. Je normaler die Grenze, desto unproblematischer ihre Akzeptierung.

Döpfner: Der Tod des Kardinals

Der Tod des Kardinals Döpfner ist für die katholische Kirche in der Bundesrepublik ein bestürzendes Ereignis. Wer sollte, wer könnte diesen Mann ersetzen? Im Kreis der deutschen Bischöfe ist niemand zu sehen, der an seine Stelle treten und so überzeugend wie dieser sehr männliche Kardinal die Aufgabe des Führers und des Vermittlers erfüllen könnte. Julius Döpfner besaß Autorität, ohne autoritär zu sein. Eine solche Führungskraft aber ist genau das, was die katholische Kirche zur Stunde am meisten braucht und woran es ihr am meisten mangelt.

Döpfner war kein Taktiker, er bezog klare Standpunkte. Mit Klischees wie „progressiv“ oder „konservativ“ wird man ihm nicht gerecht. Das Ansehen, das er über den bloßen Respekt hinaus bei allen Gruppen fand, wird erst verständlich durch die offene Mitte, die er vertrat. Er bejahte die Pluralität, die Meinungsvielfalt in der Kirche. Er hielt, im Gegensatz zu manch anderem bischöflichen Bruder im Amte, den Meinungsstreit nicht für ein Übel. Gerade weil er ihn ernst nahm, machte er selbst von dezidierten Meinungsäußerungen kräftig Gebrauch.

Mit dieser offenen Art war Julius Döpfner ein überzeugender Vertreter der Kirche des Konzils, die sich nicht mehr als hierarchische Anstalt, sondern als pilgerndes, zuweilen auch stolperndes Volk Gottes versteht. Dies bis zum letzten Atemzug vorgelebt zu haben, ist das Beste, was über diesen Kardinal zu sagen ist.

Die Ämter, die die Kirche ihm aufalste, hat er gehorsam angenommen. Die Spannungen, die er dabei auszuhalten hatte, haben wohl ihren Anteil am tödlichen Infarkt des erst 62jährigen Kardinals. Unter den deutschen Bischöfen zu vermitteln, war sicherlich nicht leichter für ihn, als dem Vatikan die deutschen Belange klarzumachen. Daß die Synode, das erste fast-demokratische Ereignis der deutschen Katholiken, mit seinen streitenden Flügeln nicht auseinanderbrach, war vor allem das persönliche Verdienst dieses Kardinals. Er war ein Mann des Ausgleichs, aber ein Feind fauler Kompromisse und frei von jedwedem Verdacht, sein eigenes oder das Rückgrat anderer zu verbiegen.

Ratlos fragen viele Katholiken: Was und wer wird nun folgen? D. J.

Fulbright: Unsterblicher Senator

Senator William Fulbright war seiner Zeit stets voraus. Schon im Kriege dachte er darüber nach, wie man später die Völker einander näherbringen könne. Im Herbst 1945 trat er dann mit dem Plan hervor, das überschüssige Kriegsmaterial Amerikas, das überall in der Welt lagerte, an Ort und Stelle zu verkaufen und den Erlös in ein Austauschprogramm für Professoren, Studenten und Lehrer zu stecken, anstatt es unter großen Kosten zurückzutransportieren. Vor dreißig Jahren, am 1. August 1946, wurde sein Plan Gesetz. Seither sind 138 000 Bürger aus 50 Staaten (von denen die meisten inzwischen die Finanzierung des Programms selbst übernommen haben) ausgetauscht worden. Die Bundesrepublik, die erst 1952 angeschlossen wurde, hat bis heute 8600 Deutsche in die Vereinigten Staaten geschickt und 6400 Amerikaner hier empfangen. Nie zuvor gab es ein internationales akademisches Austauschprogramm ähnlicher Dimension.

Der Name des Senators von Arkansas, der als einziges Mitglied des Senats 1954 gegen die Bewilligung zusätzlicher Mittel für McCarthy's Untersuchungskommission gestimmt hat, der länger als je ein Senator Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses war und vor dem alle Präsidenten seit Truman gezittert haben — der Name Fulbright wird in vielen Generationen von Akademikern weiterleben.

So gesehen, geht die Geschichte mit ihm weit größer um als mit manch anderen historischen Persönlichkeiten. Die bedeutendste russische Gründerfamilie des 16. und 17. Jahrhunderts, die Stroganoffs beispielsweise, leben nur mehr als Boef-Stroganoff in unserer Erinnerung fort. Der große französische Schriftsteller und Staatsmann Chateaubriand figuriert auch nur noch auf den Menükarten unserer Tage. Lord Curzon, Englands Außenminister nach dem Ersten Weltkrieg, lieb seinen Namen jener Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion, die von allen Beteiligten und zu allen Zeiten mißbilligt worden ist. Und an den französischen Arzt Guillotin, den Erfinder der Guillotine, erinnert sich ohnehin niemand gern. Dff

DIESE WOCHE

Politik	1-6
Politische Woche	8
Länderspiegel	9-10
Immobilien	10
Leserbriefe	11
Impressum	11/34
Sport	12-13
Themen der Zeit	14
Wirtschaft	15-23
Berufe	24-28
Feuilleton	29-32
Theaterspielpläne	33
Literatur	33-35
Kritik und Information	36
Wissenschaft	37
Reise	39-40, 42
Auto	41
Modernes Leben	38, 43-44

3 Jimmy Carters Amerika

Marion Gräfin Dönhoff und Dieter Buhl beschreiben die Vorwahlstimmung in den Vereinigten Staaten

29 Das Volkslied kommt wieder

Thomas Rothschild zieht das Fazit einer lieder-seligen Saison

44 Ein Club erlauchter Geister

Nina Grunenberg schreibt über die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite

magazin



Klappe für Klimbim

Nichts fällt dem Fernsehen schwerer, als Nonsense statt Niveau zu produzieren. Am erfolgreichsten kalauern noch immer Michael Pflöghar und sein Team in „Klimbim“. Die langwierigen Dreharbeiten beobachtete Jost Nolte.